

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Hindenburg, der Kriegsverlängerer.

### Er weist den Vorwurf der Friedensliebe mit Entrüstung zurück.

Der schwerindustrielle „Tag“ nennt es eine „Verdrehung aller Tatsachen“, wenn man Hindenburg als Kriegsverlängerer bezeichne. Wir wollen nicht mit der weiterlichen Rhetorik konkurrieren, mit der das Organ der Kriegsgewinnler den Tauspaten des profittlichen Hindenburg-Programms vom Vorwurf der Kriegsverlängerung reinzuwaschen sucht. Wir wollen einfach einige authentische Dokumente sprechen lassen.

Am Sommer 1917 unternahm bekanntlich der Papst seinen Friedensschritt, dessen erfolgsverheißende Voraussetzung der offene Verzicht Deutschlands auf Belgien war. Dieser Verzicht wurde von der Obersten Heeresleitung zusammen mit dem damaligen Reichskanzler Michaelis hintertrieben. Zu diesem Zweck verfaßte Ludendorff eine Denkschrift, die Hindenburg mit einem Geleitbrief an den Reichskanzler Michaelis verfaßte. In diesem Briefe Hindenburgs vom 15. September 1917 heißt es:

Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten politischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein Schlag empfunden wird, der nur dann gemildert wird, wenn die auch von Curer Eggelsen der Marine zugestanden Kompensationen zur Tat werden. Ich sehe mit General Ludendorff diese Kompensationen in Stützpunkten innerhalb und außerhalb unseres Kolonialreiches. Die wirtschaftliche Angleichung Belgiens an Deutschland wird ohne einen Druck auf Belgien auch nach Friedensschluß nicht gehen. Hierzu wird eine mehrjährige Okkupation dienen. Ueber die mehrjährige Okkupation hinaus muß die deutsche Stellung in Lüttich wirken. Ich vermag nicht so sehr zu denken, daß wir in irgendeiner absehbaren und verträglich festgesetzten Zeit aus Lüttich herausgehen könnten.

Am übrigen erklärt sich Hindenburg vollkommen mit der Denkschrift Ludendorffs einverstanden, in der es heißt:

Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Vith fest in der Hand behalten. Daher sehe ich nur in der Einverleibung durch das Deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß ich dahingestellt sein lassen. Vorläufig scheint es mir noch nicht gefunden. Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisch-französisches Heer noch weiter zurückziehen. Das kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich an uns so eng geschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Bestrengung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein.

Das Ziel Hindenburgs und Ludendorffs war also, den östlichen Teil Belgiens — bis über die Maas hinaus — unverzüglich zu annektieren, dem westlichen Teil nur eine Scheinfreiheit zu lassen und ihn mit ganz ähnlichen Methoden an Deutschland zu fetten, wie das — nur in umgekehrtem Sinne — der französische Imperialismus mit seiner Besetzungspolitik an Rhein und Ruhr versucht. Hindenburg und Ludendorff zeigen sich in dieser Denkschrift als die

geistigen Väter der Poincaréschen Ruhrbesetzungspolitik! Ihre Forderung war natürlich das genaue Gegenteil eines klaren Verzichts auf Belgien und hat den Friedensschritt des Papstes zum Scheitern gebracht.

Aber gerade Hindenburg hat sich noch viel deutlicher als unbedingter Anhänger der Annexionspolitik ausgesprochen. Als nämlich zur Zeit des Friedensschlusses von Brest-Litovsk — angeblich — sich das Gerücht verbreitete, auch Hindenburg sei für einen Frieden ohne Eroberungen, da verfaßte Hindenburg folgendes Dokument, das der Historiker Karl Friedrich Noval auf Seite 281 seines bekannten Werkes „Chaos“ bereits vor anderthalb Jahren veröffentlicht hat und das von Hindenburg bis heute noch nicht dementiert worden ist:

Großes Hauptquartier, den 25. 2. 1918.

In Brest-Litovsk soll behauptet worden sein, daß ich mich für einen annektionslosen Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt hätte, also auf dem Boden der Reichstagsresolution stünde.

Indem ich eine derartige Zumutung mit Entrüstung zurückweise,

erlaube ich Euch hochwohlgeboren ergebenst, bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen derartige unwahre Äußerungen energisch einzuschreiten.

a. Hindenburg.

„Indem ich eine derartige Zumutung mit Entrüstung zurückweise...“ Eines weiteren Zeugnisses bedarf es wohl nicht. Hindenburg empfindet es als Verletzung seiner persönlichen Ehre, wenn man ihm nachsagt, für einen annektionslosen Frieden und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzutreten! Diese geistige Einstellung ist so unabweislich, so klassisch einfach, daß sich jeder weitere Zusatz erübrigt.

Als unwiderlegliches Resultat ergibt sich: Hindenburg wollte Eroberungen, er war ein geschworener Feind des Selbstbestimmungsrechts der Völker; er hat damit eine Politik getrieben, die einen rechtzeitigen ehrenvollen Friedensschluß für Deutschland unmöglich machte, den Krieg bis zum völligen Weißbluten des deutschen Volkes verlängerte und die Katastrophe von 1918 herbeiführte. Für all diese Dinge trifft ihn die persönliche Verantwortung!

Die Erinnerung an all diese Dinge mag heute dem Kreis von fast achtzig Jahren peinlich sein. Aber sie ist notwendig, nachdem die Balkenbieger ihn in den politischen Kampf um das Schicksal der deutschen Republik gezerrt haben. Jetzt können Rücksichten auf das Ruhebedürfnis eines alten Mannes nicht gelten, jetzt geht es um die Zukunft unseres Landes. Der Annexions- und Kriegsverlängerer, der Feind des Selbstbestimmungsrechts des Volkes und der Väter als Präsident der Republik, das wäre eine Katastrophe! Deshalb werden die Wähler in freier Selbstbestimmung sie verhindern!

## England und Hindenburg.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, 14. April.

Man kann ruhig sagen, daß in England — wo man den Deutschen immerhin allerhand zutraut — dennoch bis zum Mittwochabend der vergangenen Woche niemand eine Kandidatur Hindenburgs ernsthaft in Erwägung gezogen hat. Man hatte wohl begriffen, warum die deutschen Faschisten Ludendorff im ersten Wahlgang aufgestellt hatten, denn man weiß aus dem Anschauungsunterricht, den die eigenen britischen Faschisten erteilen, daß Faschismus und Vernunft unvereinbar sind. Aber ein konservatives Bürgertum, das einen Baldwin, mit seinem zweifellos stark ausgeprägten persönlichen sozialen Verantwortungsgefühl und seiner Mäßigung zum Ministerpräsidenten gemacht hat, wird niemals begreifen, warum die deutschen „Konservativen“, die sich doch so gern mit den englischen vergleichen, einen beinahe achtzigjährigen Mann auf die Schultern heben, der bisher nicht die geringsten Proben politischer Befähigung abgegeben und außerdem in sich alle rückwärtsweisenden Kräfte politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur verkörpert.

So durften die Blätter mit Recht Plakate aushängen, die alle „Die Hindenburg-Sensation“ als Ueberschrift trugen. Seine Nominierung wurde vom ersten Augenblick an als ein außerpolitisches Ereignis ersten Ranges empfunden und mit einer Mischung aus Staunen und ungläubigem Lächeln aufgenommen. Das resultierte vorwiegend aus dem völligen Unverständnis des Engländers für Generalkandidaturen im allgemeinen und die Kandidatur eines geschlagenen Feldherrn insbesondere. Denn trotz Krieg und Sieg ist im Bewußtsein des gesamten englischen Volkes der Feldherr, der General — selbst ein Sieger, nebenbei bemerkt! — nichts als ein militärischer Techniker, ein Hochmann; ein Werkzeug der Politik, nicht wie zeitweise in Deutschland und Frankreich ihr Kommandeur. Der Engländer hat zwar eine Menge ehemaliger Offiziere im „Army“ und „Navy“ sitzen, aber er ist im Grunde doch der sehr gebunden Auffassung, daß die militärische Vorbildung und Praxis weniger als irgend einer der bürgerlichen Berufe für große politische Berufe vorbereitet, weil er weniger als irgend ein anderer Beruf mit den tatsächlichen Problemen der Zeit zu schaffen hat. Das hat sich schon während des Krieges gezeigt, wo nicht die Feldherren als die Strategen des Weltkrieges, sondern die Politiker als die Organisatoren des Sieges im Vordergrund der Popularität standen, geschweige denn nach dem Krieg, wo die Generale des großen Krieges lediglich nützlich von Wohlthätigkeitsveranstaltungen für ehemalige Soldaten, Krüppel und Waisen in den Vordergrund treten.

Kallis steht so der Durchschnittsengländer dieser Meldung aus Deutschland gegenüber, und da er weiß, daß es einen Politiker Hindenburg, im engeren Sinne des Wortes, überhaupt nicht gibt, so muß er natürlich die Auffassung Hindenburgs als ein symbolisches Ereignis werten, und zwar als ein symbolisches Ereignis schlimmer Art. Als Ausdruck dafür, daß ein großer Teil des deutschen Bürgertums lieber als die Republik die Sklaventaten seiner alten Monarchie will. Denn Hindenburg ist, das weiß man hier recht wohl, und soweit man es nicht wußte, konnte man es in den Berliner Berichten der großen Zeitungen lesen, Hindenburg ist nicht Ausdruck des Wunsches nach einem demokratisch-sozialen Königtum, wie es das englische immerhin bis zu einem gewissen Grad darstellt, nach dem Königtum nur als dekorativer Erscheinung, sondern Ausdruck des Wunsches der Rückkehr nach dem persönlichen Regiment, nach dem preussisch-deutschen Kaiserthum wilhelminischer Prägung.

Während ein Teil des deutschen Volkes diese Kandidatur Hindenburgs anscheinend als ein Zeichen nationaler Selbstbestimmung oder erwachenden Kräftebewußtseins zu deuten scheint, sieht das angelsächsische Ausland darin den Ausdruck einer Sklavengesinnung, die die Freiheit nicht erträgt und sich nach den Ketten zurücksehnt, in denen das Volk für die Selbstbestimmung seiner Geschicke nicht verantwortlich ist.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß das englische Ausland ohne Reichspräsidentenschaft Hindenburg als eine grundsätzliche Veränderung der europäischen Situation betrachten würde. Jarres war für England ein Bürger der deutschen Republik, wenn auch ein gefährlicher, dem man auf die Finger zu schauen hat. Man konnte sich von ihm denken, daß er, wie gewisse augenblicklich regierende Reaktoren, vielleicht schließlich doch Beschmack an der Republik und schließlich Verständnis für die Notwendigkeit der Fortführung der gegenwärtigen Außenpolitik gefunden hätte. Jarres wäre eine Katastrophe für das Ansehen der deutschen Republik im Ausland gewesen, Hindenburgs Wahl aber ist an sich schon eine Katastrophe außenpolitischer Natur. Denn man weiß, daß Hindenburg unbefehrbare reaktionär, antipazifistisch, ein Anbeter der Politik der Gewalt ist und daß seine Loyalität gegenüber den Hohenzollern ihn zu einem Strohmännchen der Monarchie macht. Mit Hindenburgs Wahl würde automatisch eine neue Umgruppierung der englischen Außenpolitik stattfinden, noch ehe irgend ein sichtbares Zeichen seiner Tätigkeit und seiner Absichten über den Kanal kommen würde. Die Aktien der alten Entente würden steigen, wie niemals seit dem Abschluß des Waffenstillstandes. Der eiserne Ring um Deutschland würde sich schließen, ohne daß ein Hindenburg als Reichspräsident auch nur einen Finger zu

## Painlevés Schwierigkeiten.

Noch keine Ministerliste.

Paris, 16. April. (W.T.B.) Kammerpräsident Painlevé, der gestern abend erst nach 10 Uhr im Elysée ankam, verhandelte 40 Minuten mit dem Präsidenten der Republik Doumergue. Danach empfing er Briand. Gegen Mitternacht erschien Cail্লাug, begleitet von Maloy und dem unabhängigen sozialistischen Abgeordneten Pierre Caval. 40 Minuten nach Mitternacht setzte sich zu diesen Politikern Senator de Monzie, der Painlevé mitteilen konnte, daß der Senat das Gesetz über die Erhöhung des Notenumlaufs ratifiziert habe. Als die Unterredungen ein Ende gefunden hatten, gab das Bureau des Kammerpräsidenten folgendes Communiqué aus: Nach Painlevés Annahme der Mission, ein Kabinett zu bilden, sind bereits verschiedene Ministerlisten veröffentlicht worden. Kammerpräsident Painlevé läßt erklären, daß noch keine feste Zuteilung von Portefolios festgefunden hat.

Erst um drei Uhr morgens war die Konferenz beendet, die Kammerpräsident Painlevé mit Briand, Cail্লাug, Maloy, Caval und Senator de Monzie abhielt. Als Briand das Gebäude des Kammerpräsidenten verließ, erklärte er, es sei noch nichts Endgültiges entschieden.

## Meinungsverschiedenheiten? — Poincaré gegen Cail্লাug.

Paris, 16. April. Ueber die gemeldete Unterredung Painlevés mit einer Anzahl Politiker, darunter Briand, de Monzie und Chaumet, die erst nach 3 Uhr heute früh ihr Ende fand, verbreitet Havas folgende Mitteilung: Die lange Dauer dieser Konferenz scheint darauf hinzuweisen, daß sich ziemlich ernste Meinungsverschiedenheiten offenbart haben. Es werde versichert, daß die Unterredung beendet worden sei, ohne daß eine endgültige Verständigung erzielt werden könne. Weitere Besprechungen sind für heute vormittag vorgesehen. Briand beabsichtigt, sich mit einigen seiner politischen Freunde auszusprechen, bevor er Painlevé aufsucht. Man muß folglich die ausdrücklichen Vorbehalte bezüglich der bis jetzt gemachten Voraussagen über die Zusammenlegung des neuen Kabinetts machen. Wie Havas weiter berichtet, wird Cail্লাug sich heute vormittag ins Finanzministerium begeben, wo er mit dem zurückgetretenen Finanzminister de Monzie und dem

Gouverneur der Bank von Frankreich zusammentrifft, um sich über gewisse Punkte, besonders über den Stand der Staatsfinanzen Aufschluß geben zu lassen.

„Matin“ schreibt über die Lösung der Ministerkrise, obwohl die Hoffnung bestehe, daß die Bildung eines Kabinetts Painlevé nicht ausgegeben werde, dürfte man doch die Unruhe nicht verkennen, die sich gestern in den Wandelgängen des Senats und der Kammer offenbart habe, als man die mögliche Zusammenlegung des Kabinetts Painlevé erfahren habe. Als gestern abend im Senat die Möglichkeit eines Eintritts Cail্লাug in das neue Ministerium bekannt wurde, habe Poincaré ausgerufen: Die Wahl Cail্লাug bedeutet eine Herabsetzung des Senats. Diese Äußerung Poincarés habe einen großen Eindruck hervorgerufen.

## Die Erhöhung des Banknotenumlaufs genehmigt.

Inzwischen hat am gestrigen Tage das Parlament die gesetzliche Genehmigung zur Erhöhung des Notenumlaufs auf 45 Milliarden Franks und die Erhöhung des Vorschusses der Bank von Frankreich von 22 auf 26 Milliarden angenommen. Diese Maßnahme mußte unbedingt noch vor dem Donnerstag, also vor der Veröffentlichung des neuen Wochenberichts der Bank von Frankreich getroffen werden. Sie wurde von dem geschäftsführenden Finanzminister de Monzie vertreten und von der Kammer nach längerer Debatte mit 329 gegen 27 kommunistische Stimmen bei Stimmenthaltung der gesamten Opposition angenommen. Auch die Soudeur-Gruppe stimmte entgegen den Erwartungen der Rechten für den Regierungsvortrag. Ebenso nahm der Senat mit 193 gegen 5 Stimmen die Vorlage an, bei Stimmenthaltung der Gruppe Poincaré.

## Exekutivführung der Internationale.

Die nächste Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale findet gemäß einem Beschluß der Geschäftskommission am 9. und 10. Mai in Paris statt.

Die Tagung wird sich vor allem mit der Vorbereitung des Internationalen Kongresses beschäftigen. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Frage der Sicherungsverträge und der Abrüstung.



rührt brauchte. Die ganze mühevollen Arbeit der letzten sechzehn Monate Friedensarbeit wäre mit einem Schlag in einen Trümmerhaufen verwandelt.

Ein englischer Beobachter, der vor kurzem Deutschland bereiste, hat lange vor der Aufstellung Hindenburgs im „New Statesman“ die Hoffnung ausgesprochen, die Rechte werde Hindenburg aufstellen. „Diese Entscheidung der Rechte“, schreibt der englische Beobachter, „würde die Wahl Marx im zweiten Wahlgang sichern; denn die deutschen Nationalisten irren sich, wenn sie glauben, daß die Generale in Deutschland populär sind“. Ganz Europa, soweit es den Frieden will und nicht neues Chaos, muß hoffen, daß dieser Engländer besser gesehen und schärfer beobachtet hat als diejenigen, die unter Mißbrauch eines alten Mannes alle Kräfte der Sentimentalität, alle Romantik eines gewissen Teiles des deutschen Volkes mobilisiert haben, um die deutsche Republik zu stürzen. Denn sie wissen, wenn es jetzt nicht und nicht unter diesem Zeichen gelingt, so ist es mit ihrem Traum für immer vorbei, weil der Sieg über einen Jarres nur ein Sieg der Republikaner gewesen wäre, der Sieg über einen Hindenburg aber den endgültigen Triumph der deutschen Republik bedeutet.

## Hindenburg gegen Stresemann.

Die Bedeutung seiner Kandidatur für die Außenpolitik.

Das Organ des Herrn Stresemann hat abgelehnt, daß die Wahl Hindenburgs von Bedeutung für den außenpolitischen Kurs der deutschen Regierung sein würde. Zu dieser Ablehnung stimmen die Sätze nicht, die Graf Westarp in seinem Propagandartikel für Hindenburg in der „Kreuz-Zeitung“ schrieb:

„Ganz von selbst und ohne irgendwelche Abmachungen dieses Inhalts wird die so gewonnene Einigkeit auch für andere Aufgaben Bedeutung gewinnen.“

„Das deutsche Volk hat endlich gelernt, daß es weder Ansehen noch eine bessere Behandlung gewinnt, wenn es würdelos und unterwürdig auf seine vom Ausland geschmähten Kraftquellen verzichtet. — Wer Hindenburg wählt, zeigt der Welt, daß der Deutsche endlich sich auf die Notwendigkeit besinnt, sich aus eigener Kraft den Weg zur Freiheit zu eröffnen. Auch drachen in der Welt hat sich seit 1918 manches geändert.“

Das ist die — wenn auch noch vorsichtig gehaltene Andeutung — daß die Deutschnationalen, nachdem sie der Volkspartei ihren Willen in der Kandidatenfrage aufgezwungen haben, ihnen nach der Wahl auch in der Frage der Außenpolitik ihren Willen diktieren wollen. Diese Absicht kommt mit aller Schärfe zum Ausdruck in einem Artikel von Frentag-Voringhoven in der „Nationalpost“. Da dieser Artikel in dem offiziellen Organ der Deutschnationalen erscheint, muß man annehmen, daß er die Meinung der Partei wiedergibt. Er ist überschrieben: „Ein Fißzug im Trüben“ und bezieht sich auf den Stresemannschen Sicherheitspakt und einen offiziellen Artikel, den Stresemann zur Verteidigung seiner Außenpolitik gegen die Deutschnationalen im „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlichte. Die Antwort des Herrn von Frentag-Voringhoven bestätigt zunächst, daß die Auseinandersetzungen zwischen Stresemann und den Deutschnationalen bis nach der Wahl verlagert worden sind, daß aber ein prinzipieller Gegensatz latent besteht:

„Trotz der Fortsetzung der Verhandlungen schien es unter diesen Umständen statthaft, die innere Auseinandersetzung über den Sicherheitspakt aufzuheben. Eine solche Auseinandersetzung mußte angesichts der Stellungnahme des Herrn Dr. Stresemann zu Schwierigkeiten in Kreisen führen, deren Geschlossenheit im gegenwärtigen Augenblick eine dringende Notwendigkeit ist. Deshalb hat die nationale Presse sich damit begnügt, ihre grundsätzliche Ablehnung des Sicherheitspakts zum Ausdruck zu bringen, und hat sich im übrigen bis auf weiteres Schweigen auferlegt.“

## Wählt Hindenburg!

Die Deutschen sind wahrhaftig besser als ihr Ruf. Sie werden Hindenburg wählen, ohne das Ausmaß nach dem Eindruck zu befragen, den dieser Ausdruck ihrer Selbstgröße auf die fremde und darum verächtliche Klasse machen wird. Sie werden Hindenburg wählen, weil Hindenburg die Schlacht bei Tannenberg gewann und weil sein Gegner Marx es noch nicht einmal so weit gebracht hat, eine Schlacht, und sei es auch die an der Marne, zu verlieren. Denn die Deutschen lieben die Sieger in den Schlachten.

Die Deutschen sind tiefer, als der Tag, sogar der im Scherl-Berlag erscheinende, gedacht. Sie schwärmen, tief wie sie sind, für Mystik. Mystik ist das Aufgehen des einzelnen in der Gesamtheit. Krieg und Wehrpflicht sorgen aber für das Aufgehen des einzelnen in der Gesamtheit so radikal, daß von dem einzelnen, geschweige denn von seinem Eigentum nichts, aber auch nichts übrig bleibt. Denn die Erkennungsmarke gehört nicht dem einzelnen, sondern dem Vaterlande. Der militärische Deutsche wählt also Hindenburg, der vermittels der zuständigen Bezirkskommandos schon für das mystische Verfluten des einzelnen im All-Einen sorgen wird.

Die Deutschen sind intellektueller als ihr Ruf. Denn sie sind das Volk der Dichter und Denker. Ein Volk der Dichter und Denker aber darf nicht an der Spitze einen Mann haben, der mehr gelesen hat als das Exzerptreglement. Darum wählt Hindenburg. Hindenburg wählt ist gesund. Hindenburg ist nicht von dem Gedankens Blasse angekränelt. Hindenburg ist ein gutes Gegengewicht gegen das Dichten und Denken im deutschen Volke. Die Deutschen lieben nun einmal ihren Widerspruch.

Die Deutschen sind lebenswürdiger als ihr Ruf. Aus Angst, unwahrhaftig zu sein, sind sie Träger einer rauhen Schale, die ihr warmes und wahres Herz so trefflich schützt. Darum lieben sie den härtesten Mann, der in rührender Weise die edlen Züge des ewigen Feldwebels trägt. Darum werden sie Hindenburg wählen.

Die Deutschen sind ja viel moralischer als ihr Ruf. Sie wollten, wollen und werden nie Krieg wollen. Denn Krieg ist fürchtbares Blutvergießen. Hindenburg sah darin kein Blutvergießen. Sprach er doch das berühmte Wort: „Der Krieg bekommt mir wie eine Badetur.“ Man sieht daraus, daß Hindenburg eine viel passivere Auffassung vom Kriege hatte als die, die in ihm nur Blutvergießen sahen. Darum werden die Deutschen, moralische Maßstäbe wie sie sind, Hindenburg wählen. Und schließlich können wir alle bei den teuren Zeiten einmal wieder eine unentgeltliche Tadelur gebrauchen. Ernst Moritz Häufig.

Drama und Gesellschaft. Der von der Volkshöhle veranstaltete Vortrag Dr. Rudolf Kappeler über dieses Thema (am Sonntag im Bürgeraal des Rathhauses) beginnt um 8 Uhr. Einlaßkarten am Saaleingang zum Preise von 50 Hg.

Der offiziöse Aufsatz im „Hamburger Fremdenblatt“ enthält folgende Zensur:

„Demgegenüber muß betont werden, daß die bemerkenswerten und neuen Mitteilungen des Aufsatzes durchweg teils falsch, teils gefärbt sind. ... Soviel Sätze, soviel Unrichtigkeiten.“

Zum Schluß kommt die Ankündigung einer entscheidenden Auseinandersetzung mit Stresemann:

„Der Aufsatz des „Hamburger Fremdenblattes“ bringt nichts Neues, nichts, was das Urteil über den Sicherheitspakt zu erschüttern vermöchte. Es ist leider so und bleibt so, daß wir den Versailles Vertrag nochmals und freiwillig unterschreiben sollen, und daß uns nicht die mindeste Gegenleistung geboten wird. Und wenn jetzt eine Propaganda für den Pakt einsetzt, so unterscheidet sie sich in nichts von der Propaganda, die für den Versailles Vertrag, für das Londoner Ultimatum, für das Dawes-Gutachten von ähnlichen Stellen betrieben wurde. Immer und immer wieder wurde unser Volk mit wohlklingenden Redensarten über die wahre Sachlage getäuscht und in sein Unglück hineingeritten. Daß aus Anlaß des Sicherheitspaktes ähnliche Versuche gemacht werden würden, war vorauszu sehen. Aber daß sie gerade jetzt, in diesen Wochen unternommen werden, ist besonders bedauerlich. Ihre Urheber haben sich offenbar nicht klar gemacht, welche Verantwortung sie auf sich laden, wenn sie den Gottesfrieden brechen, der heute in allen den Kreisen herrschen muß, die sich für die Wahl des Reichspräsidenten zusammengeschlossen haben.“

Die Ausführungen im „Hamburger Fremdenblatt“ müssen zurückgestellt und zurückgewiesen werden. Auf den Gegenstoß sei verzichtet, bis die Zeit für ihn gekommen ist.“

Die Sachlage ist sehr klar. Die Deutschnationalen haben Jarres niedergeworfen, um mit Hindenburg Stresemann niederzuwerfen oder ihn zur Kapitulation vor den außenpolitischen Absichten der Deutschnationalen nach dem Muster Frentag-Voringhovens zu zwingen. Es ist Ironie der Weltgeschichte, daß die Volkspartei und mit ihr die Presse der Schwerindustrie unentwegt für Hindenburg eintreten muß, dessen Name zur Verwirklichung einer Außenpolitik dienen soll, die sie selbst für katastrophal hält!

## Historische Vorbilder.

Sie plündern die Weltgeschichte.

Die Rechtspresse ist in einiger Verlegenheit, wie sie die Propaganda für die unmögliche Kandidatur Hindenburgs bestreiten soll. Sie plündert die Weltgeschichte, um zu beweisen, nicht, daß die Kandidatur Hindenburg die empfehlenswerteste, sondern daß sie nicht ganz unmöglich sei. Diese Beweisführung erhebt sich zur Höhe unfreiwilliger Komik im „Tag“.

Dort müssen der alte Cato, der venezianische Doge Dandolo und Gregor IX. als Vorbilder herhalten. Sie waren auch alt, warum sollte also der greise Hindenburg nicht Reichspräsident werden? Die Idee, die Geschichte von 200 vor Christi bis 1200 nach Christi unter diesem Gesichtspunkt zu plündern, ist eines Terzianers würdig!

Nebenbei: vom älteren Cato verzeichnet die Geschichte, daß er in seiner Provinz Sardinien streng gegen die römischen Bauern vorging. Ist Hindenburg gegen die Eisen- und Stahlmischer in der Zeit des Hindenburg-Programms streng vorgegangen?

Die „Deutsche Tageszeitung“ hält es mit der neueren Geschichte. Sie stellt eine Parallele heraus, die einen General als Präsidenten zeigt. Die Parallele heißt: George Washington — Hindenburg. Washington würde sich im Grabe herumdrehen! Wir haben es ja immer gesagt, daß die Deutschnationalen in ihrer Angst immer auf Anleihen bei der Demokratie verfallen. George Washington und Hindenburg, welche glänzende Antithese zwischen Volksführer und Fürstendiemer! Und nun soll Washington für Hindenburg zeugen?

Ist das alles, was die Herren für Hindenburg zu sagen haben?

Die Goethe-Bühne in der Klosterstraße, die sich eben von dem vor einigen Monaten erfolgten Zusammenbruch unter Robert Birk's rühriger Leitung zu erholen beginnt, macht ein gefährliches Experiment. Sie führt das altägyptische Mysterienpiel „Marieschen von Kymwegen“ auf, dem der unbekannte Verfasser eine unverständliche Erklärung beibringt: „Eine schöne Geschichte, und sehr sonderbare, dabei wahrhaftige Begebenheit von Marien von Kymwegen, wie sie mehr denn sieben Jahre mit dem Teufel zusammenwohnte und verkehrte.“ Das Mysterium ist eine Art tolles Fastnachtspiel, mit den primitiven dichterischen Mitteln aus den Anfängen dramatischer Kunst geschrieben, in dem Gottvater, die heilige Maria und der Teufel lebhaftig auftreten. Robert Birk ist es gelungen, dem kindlichen, marionettenmäßigen Schauspiel visionäre Züge einer Legende zu verleihen. Auch die Darsteller, unter denen Frida Richard und ihre ganz auf Raiotität gestellte Tochter Gertrud hervorsticht, passen sich dem einfachen Legendenrahmen an. Die eingestreuten altägyptischen Bezüge, mit völlig ungeschulter Stimme hinter der Szene vorgetragen, bedeuten für ein musikalisches Gehör eine Qual. Herr Birk soll das Mysterium schleunigst vom Spielplan abheben. Für mittelalterliche Darstellungen mit rührend kindlichem Einschlag ist heute höchstens literar-historisches Interesse vorhanden. Dgr.

Die Toten des Tages. In Berlin starb im 55. Lebensjahre August Endell. Vom Kunstgewerbe ausgehend, hat er mannigfache Anregungen auch im Bausach gegeben. Sein erster Bau, das Atelier Cloire in München, war eine Festsache; das ganze Haus ohne Gliederung, mit einem einzigen riesigen Ornament bedeckt. In Berlin baute Endell u. a. das „Bunte Theater“, die Festhalle in der Rosenthaler Straße und die Trabrennbahn Mariendorf. — Der Schriftsteller Arthur Zapp ist, wie erst jetzt bekannt wird, am 30. März im Alter von 72 Jahren in Berlin gestorben. Ursprünglich Offizier, dann Redakteur und Korrespondent einer New Yorker Zeitung, ging er später ganz zur Belletristik über. Seine ersten Bücher zeugten von Sturm und Drang, dann wurde er (neigebrungen) Familienblattleser. Seine letzten Romane befaßten sich mit sozialen und politischen Problemen. Im „Frauenstaat“, dem „Neuen Othello“ und „Revanche für Versailles“ schlägt er eine überzeugend-demokratische Tendenz an und will der Reichheitsfeier dienen. — Im Alter von 76 Jahren ist der frühere Oberregisseur des Münchener Hof- und Nationaltheaters, Anton Fuchs, gestorben. Er war ein halbes Jahrhundert an der Münchener Oper tätig und trat besonders durch seine Wagnerinszenierungen hervor. — Der Vater der eleganten englischen Welt, J. H. Sargent, ist im Alter von 69 Jahren in Chelsea (London) gestorben. Er war der beliebteste Porträtist der Vornehmen und Reichen, der Whiffers Erde — Sargent war wie er von Geburt Amerikaner — so weit vermögerte, daß er bei den Zahlungsfähigen Gefallen fand.

Die Entdeckung des vorgeschichtlichen Indiens. Das 4. vorchristliche Jahrhundert bezeichnete bisher die äußerste Grenze, bis zu der die indischen Archäologen die Ursprünge der indischen Kultur zurückverfolgen konnten. Nun ist es durch allernueste Grabungen gelangt, diese Grenze bis zum Jahre 2800 oder 3000 v. Chr. zurückzuverlegen. Damit ist die Entdeckung der Vorgeschichte Indiens eingeleitet und zugleich die vielörterte Frage nach der Herkunft

## Attentat in Gelsenkirchen.

Münster scheint Schule zu machen.

Gelsenkirchen, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde um 1/4 Uhr morgens ein Attentat auf den Druckereibau des sozialdemokratischen Gelsenkirchener „Volkswillen“ verübt. Die Hausbewohner wurden durch einen mächtigen Knall geweckt. Aus dem Druckereigebäude loderten mächtige Flammen empor. Das gesamte Untergeschloß war in dichten Rauch gehüllt. Die Löscharbeiten wurden sofort vorgenommen. Unzweifelhaft liegt Brandstiftung vor, die durch Hineinschütten und Anzünden von leicht brennbarer Flüssigkeit, vermutlich Petroleum oder Benzin, verübt wurde. Wertvolle Druckereimaschinen und wertvolle Tiegedruckpressen sind schwer beschädigt. Mit Mühe gelang es, das Feuer auf seinen Heerd zu beschränken und die Explosion von Terpentin- und Benzinvorräten sowie die Ausdehnung des Brandes auf das Papierlager zu verhindern. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat bisher nicht zu einem Ergebnis geführt. Es dürfte sich um politische Gegner handeln, die unserem Organ die Wahlarbeit unmöglich machen wollten. Das Beispiel von Münster hat Schule gemacht.

Mit Sprengstoffen und Attentaten für Hindenburg! Nach Münster Gelsenkirchen! In der Nacht vom 23. zum 24. Juni 1923 wurde von Angehörigen sogenannter vaterländischer Abwehrorganisationen die Druckerei unserer Parteizeitung in Münster durch ein Sprengstoffattentat zerstört. Die Täter gehörten zu jenen Organisationen, deren Kandidat Hindenburg ist. Sie wurden wegen des gemeinen Verbrechens zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Die Wiederholung des gemeinen Verbrechens in Gelsenkirchen trifft die sogenannten vaterländischen Organisationen, die sich im Koebell-Kuschuf breitmachen. Das neue Attentat kennzeichnet ihre Gesinnung, aber auch, was sie von einer Präbendensucht Hindenburg erwarten. Sie hoffen auf eine gefesselte Willkürherrschaft ihrer Organisationen, die Hindenburg begünstigen soll, wie Mussolini in Italien die Verbrecher der Faschisten begünstigt.

Das Verbrechen von Gelsenkirchen ist der politische Kommentar zu den Sägen des Osterreichs von Hindenburg über die Ordnung im Staatswesen.

## Fünf Fragen an Hindenburg.

Wird er antworten?

Die „Germania“ veröffentlichte vor einigen Tagen einen Aufsatz von besonderer Seite, in dem ausgeführt wurde, Hindenburg sei lediglich eine Attrappe, hinter der sich die Reaktion und die restaurativen Elemente verbergen. Der Schreiber des Artikels läßt jetzt einen weiteren folgen, in dem er Hindenburg auffordert, sein politisches Programm der Deffektivität vorzulegen, wenn nicht die Auffassung, er sei nur eine Attrappe, bestätigt werden solle. Er stellt an den greifen Feldmarschall folgende Fragen:

1. Stehen Sie ohne Vorbehalt auf dem Boden der Weimarer Verfassung und der Republik?
2. Lehnen Sie jeden Staatsstreich zur Einführung der Monarchie ohne jede Einschränkung ab?
3. Sind Sie nicht der Ansicht, daß an die Spitze des Volkes ein erfahrener Politiker gehört, um so mehr, als die sogenannte Politik des Großen Hauptquartiers ein tägliches Fiasko erleben hat?
4. In Ihrer Hand, Herr Marschall, liegt es, im Namen des Reichs Verträge abzuschließen. Sind Sie grundsätzlich bereit, bereit unter allen Umständen, die Politik der Völkerverständigung und Völkerverständigung fortzusetzen?
5. Wenn Sie sich, Herr Marschall, vorher so einlegen für Jarres, ist es nach Ihrer Auffassung dann angebracht, demselben Jarres gegenüberzutreten, nur mit Rücksicht auf die Wahloancen? Und wenn das geschehen ist, ist es Ihrem freiwilligen Entschluß entsprungen?

der Arier in Indien in ein neues Licht gerückt. Schon vor etwa 60 Jahren hatte man zu Harappa in dem Montgomery-Gebiet des Punjab Steinriegel gefunden, die die Gestalt eines Steines zeigten und vollkommen nichtindischen Inschriften bedeckt waren. Jetzt fand man bei Grabungen zu Barana in Sind eine Anzahl ganz gleicher Siegel. Diese Kunde von Barana lag direkt über den Schichten, die Reste der jüngeren Steinzeit aufwiesen. Professor Sayer in England stellte den sumerischen Charakter der Siegel einwandfrei fest und andere Fachmänner bestätigten seine Angabe. Weitere Zeugnisse für die sumerische Kultur in Indien kamen dann an einer neuen Grabungsstätte zu Mahenjo Daro in der Nähe des Meeres, ziemlich weit südlich von Barana, ans Licht. Auch hier wurden wieder Siegel mit Stierfiguren gefunden sowie andere Siegel mit Pflanzen und Rhinocerosen. Ein Kupfergefäß und viele schwarze Tonwaren wiesen ebenfalls auf sumerische Herkunft hin.

Nun erhebt sich die Frage, ob die sumerische Kultur in Indien ihren Ursprung hat oder ob sie von anderswoher dahin gekommen ist. Die Lücke, die zwischen dieser Zeit um 3000 v. Chr. und den ersten Spuren altägyptischer Kultur im Gangesal um 2. vordchristlichen Jahrhundert klafft, ist bisher durch nichts auszufüllen. Sicher aber scheint es, daß die Sumerier einen Teil Indiens besiedelt hatten, bevor die arischen Vorfahren der Hindus ins Land kamen. Ueber den Weg, den die Sumerier genommen haben, hofft man nun, wie dem „Manchester Guardian“ aus Lahore mitgeteilt wird, wichtige Aufklärungen zu erhalten. Nüher den Grabungen, die bei Mahenjo Daro, Barana und Harappa stattfinden, sollen auch Grabungen in Belutschistan vorgenommen werden, um zu erkennen, ob die Sumerier zu Lande oder übers Meer kamen. Hier ist vor einiger Zeit bereits von britischen Militärbeamten ein Grabhügel zu Nahl ausgegraben worden, in dem sich schöne und unverfälschte Beispiele von Töpferwaren fanden, die jetzt als sumerisch festgestellt sind. In dieser Stelle wird jetzt weitergegraben, und man hofft, Aufschlüsse über diese indische Kultur zu erhalten.

Bei dem großen Wohlstandsgefühl, das der Lillibund für deutsche Kulturpolitik zum Festen der nollenden deutschen Künstler am Sonntag 8 Uhr im Berliner Zoo veranstaltet, haben eine Reihe erster Künstler ihre Mithrasung zugewagt. Eintrittskarten bei Soter, Pod, Vertheim und in der Geschäftsstelle des Lillibundes, Schiller 9.

In der Volkshöhle wird am Sonntag 7 1/2 Uhr „Wer meint um Ruzenod“ gegeben mit Heinrich George und Gerda Müller in den Hauptrollen. Orchestral George stellt am Dienstag die Rolle zum letzten Male.

Die Fortschritte des „Nietzsch“. Donnerstag verläßt das Vermessungs- und Fortschrittsamt „Nietzsch“ die Heimat, um eine zweijährige Forschungsreise in den nördlichen Atlantischen Ozean anzutreten. Der Direktor des Berliner Instituts für Meerestunde, Prof. Herz, ist der wissenschaftliche Leiter der Expedition.

Ein Observatorium auf Grönland. Der baltische Minister des Auswärtigen hat angeordnet, daß in Grönland am Grönland auf Eilandstation ein Observatorium zu Studienzwecken errichtet werden soll. Das neue Observatorium, das das nördliche der Welt sein wird, soll allen Gelehrten, die den Wunsch hegen, Untersuchungen über die Ursachen der monatelangen Störungen anzustellen, für ihre Arbeiten zur Verfügung stehen.



Der Fragesteller fügt hinzu:  
Die Fragen könnten beliebig vermehrt werden. Nur möge sie der Marschall selbst in aller Offenheit beantworten, die den Soldaten ehrt und ziert; die Beantwortung durch mehr oder minder unfähige „Wettscheißer“ muß abgelehnt werden. Ein Programm, Ejzenz, nicht tröstende Worte am Grabe wie in Ihrem Wahlaufruf!

Der Reichsbote kündigt an, daß Hindenburg am Sonntag Vertreter der Presse empfangen wird. Er wird dabei Gelegenheit haben, sein Programm zu entwickeln. Wird es sein Programm sein? Wird er sich zu den Fragen, die jeden Wähler beschäftigen, freimütig und präzise äußern? Hindenburg ist eine Attrappe, er ist der Gefangene des Reichsbots. Er müßte seine Zensoren und politischen Vormünder abschütteln, ehe er die selbstverständlichen Fragen der „Germania“ ohne Hinterhalt beantworten könnte.

## Heringsgeschichten.

Aus dem Untersuchungsausschuß des Reichstags.

Das Ergebnis der Mittwoch-Verhandlung des Reichstagsausschusses in Kreditangelegenheiten war recht dürftig, es bestand im wesentlichen in der Feststellung, daß die Barmats recht häufig und mit Vorliebe Heringe gegessen haben. Welcher Art dieser Hering war, ob gebraten, geräuchert oder gefalzen, ist leider nicht ermittelt worden. Herr Rosenbergh verhielt sich deshalb recht zurückhaltend, trotzdem doch gerade dieser Hering eine wichtige Rolle in der Agitation der kommunistischen Partei spielen könnte. Es traten als Zeugen auf die Direktoren des Hotels Adlon, Bristol und Zentral, die darüber Auskunft geben sollten, ob die Barmats erstens ein Schlemmerleben geführt, und ob zweitens prominente Persönlichkeiten daran teilgenommen haben. Das Schlemmerleben bestand, wie erwähnt, in dem wiederholten Genuß eines Herings, wozu scheinbar zuweilen noch Rinderbrust oder Gänsebraten kamen. Es seien auch Festlichkeiten veranstaltet worden, aber nur bei Gelegenheit von Familienfeiern, es sei dann in der in den Hotels üblichen Weise gegessen und getrunken worden.

Es wurde dann noch als Zeuge der Regierungspräsident Huber, früher Staatssekretär im Ernährungsministerium, vernommen, der seinerzeit die Beschwerde der Barmats über ihre angebliche Zurücksetzung zu erledigen hatte. Huber war unter Herings im Ministerium tätig, er sagte auf eine Frage des Abgeordneten Schrad (Soz.), daß sehr häufig Abgeordnete der verschiedensten Richtungen in das Ministerium gekommen seien, um sich für bestimmte Personen oder Sachen zu verwenden. Darin sei nichts besonderes gesehen worden, die betreffenden Angelegenheiten habe man stets aus sachlichen Gesichtspunkten heraus erledigt.

Bei Beginn der heutigen Sitzung wurde ein Schreiben des Abg. Müller-Franken (Soz.) verlesen, worin der Schwindel der „Wohenschritt für die Niederlande“ zurückgewiesen wird, daß Müller als Zeuge vor dem Ausschuss eine falsche Aussage gemacht habe. Müller stellt fest, daß er im Jahre 1920 überhaupt nicht in Holland gewesen ist. Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, weil der Abg. von Freitag-Vorjag-Höpsch (Dnl.) sich dagegen wendet, daß derartige Polemiken im Ausschuss verlesen werden. Der Vorsitzende Säger erklärt dazu, er habe sich verpflichtet gefühlt, das Schreiben zu verlesen, da er es nicht verantworten könne, einem Abgeordneten das Wort zu versagen, der direkt das Reineides beschuldigt worden sei.

Darauf wendet sich der Ausschuss der Erörterung eines Buttergeschäfts zu, daß die Reichsstelle mit Barmat im Juni 1918 abgeschlossen hat. Dazu werden die Kaufleute Heine-mann und Schweisfurth als Zeugen vernommen. Sie sagen übereinstimmend aus, daß Barmat 50 Waggons Butter liefern sollte. Sie seien von der Butterhandelsvereinigung beauftragt worden, die Butter in Amsterdam abzunehmen. Sie hätten sich 8 Tage lang dort aufgehalten, aber es sei keine Butter dagewesen. Barmat selbst war nicht in Amsterdam, dagegen hätten sie mit dem Produzenten der „Ameritma“ Vogelgang gesprochen, der ihnen von den guten Beziehungen Barmats zu den deutschen Reichsstellen erzählt und den Vorschlag gemacht habe, Geschäfte mit Kommunisten abzuschließen. Barmat würde für die Einfuhrbewilligungen sorgen. Die Zeugen sind dann nach Berlin zurückgereist und haben hier über ihre Erfahrungen berichtet. Der Direktor des Verbandes holländischer Kollektoren habe ihnen damals gesagt, daß Barmat überhaupt keine Butter erhalten würde, da er im Butterhandel nicht eingetragen sei. Sie hätten eine Offerte von Holland mitgebracht, sie sei aber von der Reichsstelle zurückgewiesen worden. Es hat sich aus dieser Angelegenheit ein Fallprozess entwickelt, weil Barmat die Firma Heinemann beschuldigt haben sollte, sie mache Schieber- und Wucherer-Geschäfte. Der Prozess wurde schließlich durch einen Vergleich beendet.

Der Ausschuss wendet sich dann der Vernehmung des Zeugen Kommet zu, der seinerzeit Vertreter der deutschen Reichsstellen in Holland war.

## Jungsozialisten und Präsidentenwahl.

Ein kommunistischer Schwindel.

Von der Reichsleitung der Jungsozialisten wird uns geschrieben: Die Berliner „Rote Fahne“, Nr. 84 vom 15. April, berichtet über die Reichskonferenz der Jungsozialisten zu Ostern in Jena, daß mit 75 gegen 45 Stimmen die Wahl von Marx abgelehnt und Stimmenthaltung beschlossen sei. Diese Meldung ist in allen Teilen frei erfunden. Die Konferenz hat sich mit der Frage der Präsidentenwahl überhaupt nicht beschäftigt und demzufolge auch keine Abstimmung darüber vorgenommen. Die scharfen Auseinandersetzungen um das Reichsbanner bestehen ebenfalls nur in der Phantasie des kommunistischen Berichterstatters. Diese plumpe Wahlfälschung darf die Jungsozialisten nicht hindern, mit allen Mitteln für die Wahl von Marx einzutreten.

## Fochs Gutachten.

Paris, 16. April. (WZ.) Ein Termin für die Beratung des Berichts des Marschalls Foch über den Stand der Entwaffnung Deutschlands ist von der Vorkonferenz noch nicht festgesetzt worden. Das Schriftstück, das im Sekretariat der Vorkonferenz gefaßt eingegangen ist, hat den Charakter des ausschließlich technischen Charakter. Bei einem Umfang von 44 Seiten sei nur eine Seite einer allgemeinen Erläuterung der Entwaffnungsfrage gewidmet.

Paris, 16. April. (WZ.) Der „Matin“ bringt eine kurze Inhaltsangabe des Gutachtens und sagt, Marschall Foch habe die Ansicht verschiedener bedeutender Persönlichkeiten eingeholt. Von französischer Seite hätten der Generalfeldmarschall Debernet und General Degoutte eine scharfe Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen verlangt. General Debernet habe besonders auf dem Gebiete des Flugzeugwesens an Hand von zahlenmäßigen Angaben die günstige Entwicklung der deutschen Luftschiffahrt nachgewiesen. Er habe Fabriken, die in der Nähe der deutschen Grenze lägen, entdeckt, die rückwärts Flugzeugmaterial herstellten, das bei diplomatischen Verhandlungen sofort zusammengefügt werden könne.

## Erster Schulgang.

Es war gar kein so leichter Schritt für die Kleinen, die heute zum erstenmal mit geschultertem Ranz, sehr neugierig und doch mit leiser Angst, vor dem großen, grauen Lorchengang standen. Der erste Schultag. Trotz mildernder Zuckerrüben, trotz des vorchristlich-mäßigen leichten Anfangsgeplänckels, mit dem der gewiesene Lehrer das ernsthaftere Treiben fürs Leben einzuleiten pflegt: draußen lacht die Sonne, die erstmalig in sich gelassene Puppe winkt, und der Hans möchte so gern Indianer spielen. So sitzen sie mit unbekümmert verzogenem Gesicht auf der Schulbank, die Kleinen. Sie sind sich noch nicht schlüssig darüber, ob sie lachen oder ob sie weinen sollten. Der Eindruck ist auch zwiespältig. Und alles ist so neuartig. Der Lehrer, der heute seine lächelndste Empfangsmiene aufgesetzt hat und mit dem Kreidestift seltsame Schindeln an die große Schultafel malt. Ja, malen, das möchten sie auch. Aber sie wissen noch nicht. Sollen sie mit steigenden Bahnen zum „Feind“ übergeben, der sich so angelegentlich um ihr Vertrauen bemüht? Da lacht einer. Ein kleiner naseweißer Bengel lacht. Die Sache ist doch ganz spahig. Der Lehrer fühlt vor. Der Kontakt ist hergestellt. Und draußen hatten erwartungsvoll die stolzen Mütter. In der

## Große Republikanische Wahlkundgebung

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltet morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Sportpalast die erste große Kundgebung der republikanischen Parteien zur Reichspräsidentenwahl. Es sprechen:

Hermann Müller-Franken, M. d. R.  
Anton Erkelenz-Düsseldorf, M. d. R.

und der republikanische

## Präsidentenwahlkandidat Wih. Marx

Berliner erscheint in Massen! Gestaltet die Feier zu einer machtvollen Kundgebung für die Republik.

einen Hand die Zuckerrübe, in der anderen das frische, weiße Taschentuch. Es ist ein Problem. Denn man kann nie wissen. Das Par-tett ist dem kleinen Lebenstänzer noch so unsicher.

Da gibt es in Berlin an einer Anzahl Schulen eine nette Sitte, die schulpädagogisch recht wertvoll ist. Die Kleinen Mädchen und Buben nehmen ihre noch nicht schulpflichtigen Geschwister zum ersten Schultag mit. Die gehen so gleichsam an der Vogelperspektive die Freuden und das kleine Leid des Schulantritts. Die Sache ist für sie späterhin nicht mehr so abenteuerhaft. Und die frischgewaschenen Taschentücher der besorgten Mütter können wegbleiben. Der erste Schultag! Es ist der Beginn einer überschäumenden, einer sehr sorglosen, aber auch einer stürmischdurchschüttelten Zeit.

## Ein „Jugenderzieher“.

Der Sprachlehrer mit den Sympathieuren.

Die Affären eines eigenartigen Jugenderziehers, der seine Be-trächtigkeit zu unfauberen Zwecken mißbrauchte, beschloß kürzlich die Kriminalpolizei.

Ein Sprachlehrer Leo Schneider aus Biel (Schweiz) sprach auf Spaziergängen unter den Linden, am Brandenburger Tor und im Tiergarten junge Leute an und fragte sie, ob sie bei ihm englisch und spanisch lernen wollten. Meist forderte er von ihnen kein Entgelt und suchte die Kinder nach einigen Lehrstunden für seine Neigungen zu gewinnen. Mehrere der Jungen beeinflusste er so, daß sie untereinander eifersüchtig wurden und sich in Briefen beschimpften. Bei einer Durchsuchung, die eines Diebstahls wegen vorgenommen wurde, fand man bei einem der Jungen solche Briefe und kam dadurch hinter Schneiders Treiben. Weitere Beobachtungen ergaben, daß sich der Lehrer auch noch anders betätigte. Er legte nämlich Karten und machte Sympathie-uren. Mit diesen beiste er u. a. auch unglückliche Ehen. Eine dieser Karten verlief folgendermaßen: Schneider begab sich zu der Frau, die ihn um Hilfe gebeten hatte. Dort wurde dann das Zimmer verdunkelt, drei Kerzen angezündet und eifrig gebetet. Zum Schluss verbrannte er eine getragene Unterhose des Ehe-mannes. Ob die Kur gehalten hat, konnte nicht festgestellt werden. Seine Wahragelunden und Sympathiepatienten kamen meistens aus dem Kreis, in denen man sich nicht langweilt, besonders aus dem Berliner Westen. Schneider wurde auf Grund der Ermittlungen verhaftet. Wer über sein Tun und Treiben weitere Mitteilungen machen kann, wird ersucht, sich im Zimmer 103 des Postgepräsidiums zu melden.

## Auch eine „Geschmacksache“.

Neue Verhandlung gegen den Apotheker Heiser.

Heute vormittag fand vor dem Landgericht II in Moabit eine neue Verhandlung gegen den Apotheker Heiser statt. Er war bekanntlich im vorigen Herbst für vier verurteilte Abtreibungen zu je einem Jahr Zuchthaus und für neun verurteilte Abtreibungen zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Strafe wurde angehts des Vorhandenseins mildernder Umstände auf eine Gesamtsstrafe von drei Jahren Zuchthaus ermäßigt. Bei der beim Reichsgericht eingelegten Revision blieb das Urteil bestehen, jedoch wurde das Strafmaß bei den neun verurteilten Abtreibungen ange-schont. Für sie kamen aus rechtlichen Gründen nur je 12 Tage Gefängnis in Frage. Dieser Auffassung schloß sich das Gericht an, jedoch ist die eingetretene Änderung nur eine rein formelle. Daß man in der moralischen Bewertung der Angelegenheit auch vor-läufig zu keinem anderen Ergebnis gelangen wird, bemies in der Verhandlung das Plädoyer des Staatsanwalts, der nicht umhin konnte, die Abschaffung des § 218 als eine „Geschmacksache“ zu bezeichnen. Von einer Verhaftung Heisers ist auch diesmal wieder Abstand genommen worden.

## Landaufenthalt für Jugendliche.

Das Jugendamt der Stadt Berlin ist in der Lage, schwächliche, aber nichttrante oder gebrechliche schulentlassene Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren, die für die Ergreifung eines Berufes körperlich zu schwach sind, 3 bis 6 Monate und länger in guten Pflegestellen auf dem Lande unterzubringen. Die Jugend-lichen sollen sich dort kräftigen und dann erst mit leistungsfähigem Körper in ihren eigentlichen Beruf einreten. Die Unter-bringung auf dem Lande erfolgt unentgeltlich; die Kinder müssen sich dafür durch leichte, ihrem Körperzustand und Können entsprechende Beschäftigung nützlich machen. Seitens des Jugend-

amtes wird darüber gewacht, daß die Jugendlichen nicht ausgenutzt oder als Dienstpersonal angesehen und beschäftigt werden. Zu diesem Zwecke sind in den Orten, in denen Jugendliche untergebracht werden, Vertrauensleute bestellt, die den Kindern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Außerdem werden die Pflegestellen zur Unter-bringung von erholungsbedürftigen Jugendlichen geprüft. Für ihre Beschäftigung erhalten die Jugendlichen außer freier Unter-kunft und Verpflegung ein angemessenes Taschengeld, dessen Höhe der freien Vereinbarung zwischen den Eltern der Kinder und den Pflegeeltern überlassen bleibt. — Es kann nur warm empfohlen werden, von dem Angebot des Jugendamtes ausgiebigen Gebrauch zu machen, da sich die Einrichtung bisher sehr gut bewährt hat. Eltern von schwächlichen schulentlassenen Jugendlichen, die ihre Kinder verschicken wollen, werden gebeten, sich umgehend zu melden. Die Meldungen sind einzureichen bei den Jugendämtern derjenigen Bezirke, in denen die Eltern oder gesetzlichen Vertreter der Kinder wohnen.

## Flaggt Schwarz-Rot-Gold.

In der nächsten Woche wird Delta Nachbar mit einer schwarz-weißen Fahne für Hindenburg, den Präsidentschaftskandidaten aller antidemokratischen Elemente, werden. Als aufrichter Republi-kaner darfst Du mit Deinem Bekenntnis nicht hinter den Mon-archisten zurückbleiben. Wenn am 22. April der Ruf ins Land geht: Die nationalen Fahnen heraus! — dann mußt auch Du unter denen sein, die das schwarzrotgoldene Freiheitsbanner hissen. Werde und kämpfe unter den Fahnen der Republik für einen überwältigenden Sieg unseres Präsidentschaftskandidaten Dr. Wilhelm Marx!

Bestellungen auf schwarzrotgoldene Fahnen werden ent-gegengenommen bzw. ausgeführt: Warenvertrieb des Reichsbanners, Berlin S. 14, Sebastianstr. 36/37; Ortsgruppe Westen der Deutsch-Demokratischen Partei, B. 62, Schillstr. 31; Bezirksverband 9 der Deutsch-Demokratischen Partei, Grunewald, Schaperstr. 33; Bezirks-verband der Sozialdemokratischen Partei, S.W. 68, Lindenstr. 3; Kehler, Treptow, Riechholzstr. 18b; Breuer, Köpenick, Freiheit 7; Paul Nathanson, Schöneberg, Behliger Str. 27. Ferner in Berlin N.W. 52, Calovstr. 20 I, links. Weitere Verkaufsstellen werden ein-gerichtet.

## Desinfektion von Fernsprechapparaten.

Kürzlich werden vielfach Schutzvorrichtungen gegen die Übertragung von Krankheiten beim Gebrauch des Fernsprechers und laufende Desinfektion der Fernsprechapparate angeboten. Nach wissenschaftlichen Gutachten ist die Ansteckungsgefahr beim Gebrauch des Fernsprechers ohne Bedeutung, zur regelmäßigen Desinfektion der Apparate liegt ein Anlaß daher nicht vor. Die postgeneten Apparate werden regelmäßig durch Personal der Verwaltung ge-säubert, weitergehende Maßnahmen sind nicht erforderlich. Ein-gehändigte und andere Hilfsvorrichtungen können nicht zugelassen werden, da sie die Apparate beschädigen und die Verbin-dung beeinträchtigen.

6. Ausstellung „Nadel und Schere“. Die Berliner Schneider-Innung, als älteste und bedeutendste Fachorganisation, veranstaltet vom 2. bis 3. Mai d. J. in den Gesamträumen der Phil-harmonie, Bernburger Str. 22/23, ihre 6. Ausstellung „Nadel und Schere“. Auch diesmal wieder ist eine Lehr-lingsarbeiten-Ausstellung der Damen- und Herrenschneiderin sowie Rosafarbeiten der Kürschner-Fachschule angegliedert. Außerdem werden an jedem Nachmittage heimische Stoff- und Materialuntersuchungen ausgeführt. Die Ausstellung ist vom 2. bis 3. Mai d. J. von früh 11 Uhr bis abends 10 Uhr ununterbrochen geöffnet. Das Innungs-bureau, Berlin C. 2, Brüderstr. 7, erteilt alle weiteren gemein-samen Auskünfte.

Bilkaer Salzheringsverkauf. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit, daß am Donnerstag, den 16., Freitag, den 17. und Sonnabend, den 18. April ein präliminärer Verkauf von Salzheringen stattfinden wird. Er kommt zur Bereitung la Deutsche Solheringe. Der Abgabepreis beträgt 80 Pf. für acht Stück. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht und befinden sich in den städtischen Markthallen, auf den Wochenmärkten sowie in den Laden-geschäften.

Erhöhung der Versorgungsgebühren ab 1. April 1925. Die Versorgungsgebühren nach dem Reichsversorgungsgesetz sind mit Wirkung vom 1. April um 3 Proz. auf 18 Proz. erhöht worden. Da bei der Zahlung der Versorgungsgebühren für April 1925 nur die bisher geltende Rentenerhöhung um 15 Proz. berücksichtigt wurde, wird bei der Zahlung der Versorgungsgebühren für den Monat Mai ein Ausgleich vorgenommen und demzufolge werden einmalig 21 Proz. zur Vorauszahlung kommen. Die Fürsorgestellen können bei der Zahlung der Zulagen Mitte April die Renten-erhöhung nicht mehr berücksichtigen. Darum wird bei der Zahlung der Zulagen Mitte April noch der bisherige Satz von 15 Proz. zugrunde gelegt. Die Nachzahlung von 3 Proz. wird bei der Zahlung der Zulagen Mitte Mai mit den laufenden Bezügen verbunden werden. Diese Rentenerhöhung gilt auch für reichsdeutsche Renten-empfänger im Ausland, die ihre Versorgungsgebühren in fremder Währung erhalten.

Der Bildungsausschuß Treptow-Baumfischweg bringt Freitag abend 8 Uhr den 1. Teil des Nibelungenfilms „Siegfried“ in der Treptow-Gemerkarte zur Vorführung. Karten zu 50 Pf. noch in der Siedler-Großk. 30 und an der Abendkasse.

Die Finanzstellen werden für den Substitutionsverkehr an den Sonn- und abenden des Jahres April bis September um 11<sup>1/2</sup> Uhr und an den Sonnabenden des Jahres Oktober bis März um 12 Uhr geschlossen.

## Wiederantreten der Haffkrankheit.

Königsberg, 16. April. (WZ.) In der letzten Zeit wird über ein verstärktes Wiederauftreten der Haffkrankheit berichtet. Nachdem vor einigen Tagen über die Erkrankungen von Fischern in Gr.-Herzedeberg berichtet worden war, wird der „Hartungischen Zeit-ung“ neuerdings gemeldet, daß dort noch drei weitere leichtere Erkrankungen zu verzeichnen sind. Ferner zeigen sich bei dem schon früher einmal sehr schwer erkrankten Fischer Ri-stand-Fischhausen die bekannten Krankheitsmerkmale. Aus Furcht vor Erkrankungen bleiben daher in diesen Tagen die Fischer ihrer Berufsarbeit fern.

Norwich, 16. April. (WZ.) Das lenkbare Luftschiff R. 33 hat sich heute morgen während eines Sturmes von seinen Ankerknoten in Pulham losgerissen. Am Bord befanden sich sechs Mann. Das Luftschiff nahm seine Richtung auf London.

485 000 Mark gefunden. Am Ostermontag wurde auf dem Bahnhof in Olten (Schweiz) von einer Säseidams eine Brief-tasche mit 485 000 SM. Inhalt gefunden. Der Be-sitzer hat sich bis zur Stunde noch nicht gemeldet. Der wertvolle Fund wurde auf dem Fundbureau der schweizerischen Bundesbahnen deponiert.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

22. Abt. Gen. St. H. Kollabed-Verammlung heute abend 8 Uhr Freiheitstr. 23. Genossen haben zu erscheinen.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

21. Abt. Gen. St. H. Kollabed-Verammlung heute abend 8 Uhr Freiheitstr. 23. Genossen haben zu erscheinen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Zum Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie.

Der Schiedspruch, der förmlich im Rahmentarifvertrag für die Berliner Metallindustrie gefällig wurde, bildet die Lagerordnung einer Funktionärerversammlung des Metallartells, die gestern abend in den Germania-Sälen tagte. Der Vorsitzende des Artells, Genosse Ulrich, gab einen eingehenden Bericht von den Verhandlungen und erläuterte den Spruch. Er empfahl namens des Metallartells die Annahme. In der Aussprache wurde von vielen Rednern die Ablehnung des Spruches gefordert. Genosse Köppler vom Gesamtbetriebsrat der Siemenswerke betonte demgegenüber, daß bei einer Ablehnung des Rahmentarifvertrages der Urlaub für die Metallarbeiter verloren ginge, daß die Unternehmer aber auch ohnehin auf Grund der Arbeitszeitverordnung Überstunden verlangen könnten. Eine andere Frage sei, ob die Funktionäre allein die Verantwortung für die Annahme oder Ablehnung tragen wollten; diesbezüglich könnte eine Urabstimmung ein klares Bild über die Stimmung in den Betrieben ergeben.

Ulrich vermittelte in seinem Schlußwort Vorschläge der Diskussionsredner für die Fortentwicklung der Arbeitsverhältnisse während eines tariflosen Zukundes. Die Versammlung lehnte es in der Abstimmung ab, endgültig über den Rahmentarifvertrag zu befinden. Es wird nunmehr morgen Freitag in den Betrieben eine Urabstimmung vorgenommen werden, an der sich alle Metallarbeiter beteiligen sollen, also auch die Unorganisierten.

Genosse Strauch vom Deutschen Verkehrsband gab auf Grund einiger Anfragen nach Schluß der Diskussion eine Erklärung zu dem verlegenen Bericht der „Roten Fahne“ über die vorgestern tagende Funktionärerversammlung der Transportarbeiter aus der Metallindustrie. Obwohl von der Leitung der Konferenz für jeden verständlich mitgeteilt wurde, daß bei der Ablehnung des Lohnschiebspruches mit nur einer Stimme Mehrheit die Ablehnung nicht erreicht sei, hat der Berichterstatter der „Roten Fahne“ diese Feststellung der Leitung einfach unterzogen. Der Zweck dieser verlegenen Berichterstattung ist ohne weiteres klar, unter den Metallarbeitern sollte eine Verwirrung eintreten, die sich in der oben berichteten Gesamtfunktionärerversammlung auswirken sollte. Dieser alte Zweck ist nicht erreicht worden.

Die „Rote Fahne“ sucht auch jetzt noch im Trüben zu fischen und die Metallarbeiter gegen die Annahme des Schiedspruches lehren zu machen. Die Transportarbeiter in den BSW-Betrieben bzw. deren Funktionäre halten lediglich über den sie berührenden Lohnschiebspruch zu entscheiden, den sie nicht „gegen eine starke Minorität“, sondern mit einer einzigen Stimme mehr, ablehnen, was als Ablehnung unmöglich gewertet werden kann. Schon die Ueberlieferung des Berichtes der „Roten Fahne“ sollte den Ansehen erwecken, als hätten die Hilfs- und Transportarbeiter nicht nur den sie allein angehenden Lohnschiebspruch, sondern den Schiedspruch für die Metallarbeiter, den Rahmentarifvertrag abgelehnt, während in Wirklichkeit noch nicht einmal von einer Ablehnung des Lohnschiebspruches die Rede sein konnte.

Nachdem das Mandat der „Roten Fahne“ in der gestrigen Versammlung der Metallarbeiterfunktionäre gebührend gebrandmarkt wurde, sucht dies Blatt heute den Spieß umzukehren, bezeichnet den „Vorwärts“-Bericht als falsch und klagt über ein Verbrechensmännchen — das ihm mißfallen ist. Da in der Sache nicht die SPD-Zentrale zu entscheiden hat, sondern die Metallarbeiter selbst, wird es sich ja zeigen, ob „gar nichts anderes in Frage kommen kann“, als die Ablehnung des Schiedspruches. Die Metallarbeiter werden es sich vielmehr wohlweislich zu überlegen haben, ob die Annahme des Schiedspruches einer Ablehnung nicht vorzuziehen ist.

## Die Heimarbeit in der Schuhmacherei.

### Zur Heimarbeitsausstellung in Berlin.

„Der Schuhmacher“, das Organ des Zentralverbandes, gab in seiner Nummer 15 eine Uebersicht über die Bedeutung der Heimarbeit in der Schuhmacherei, der wir folgendes entnehmen:

In der handwerksmäßigen Schuhmacherei mag diejenige Heimarbeit, die sich auf die Herstellung billiger Marktwaren bezieht, durch das Fortschreiten der Industrialisierung zurückgedrängt worden sein. Immerhin macht die Zahl der Heimarbeiter, wie die Betriebszählungen des Zentralverbandes der Schuhmacher beweisen, noch einen ziemlich beträchtlichen Prozentsatz aus. Der Verband machte über die Zahl der Gehilfen im Schuhmacherhandwerk nach den betreffenden Jahrbüchern folgende Feststellungen:

Jahr	Vertikalarbeiter	Heimarbeiter	Gehilfen insgesamt
1913	10 074	3 030	22 244
1923	10 437	1 911	12 348

Sehr bemerkenswert ist, daß sich in den Großstädten Berlin, Hamburg, Köln usw. das Schuhmacherhandwerk darauf verlegt, die feinste Kascharbeit in Heimarbeit anfertigen zu lassen. Um beratige erstklassige Arbeiter, die sich gewissermaßen als Künstler in ihrem Fach ausgebildet haben, mag es sich bei den statistischen Feststellungen zum guten Teile handeln. Was die Entlohnung dieser Arbeiter anbelangt, so hat man immer wieder feststellen müssen, daß die Bezahlung in den meisten Fällen nicht ihrem Können entspricht. Man wird bei Feststellung der Löhne für diesen Berufsweig nicht nach den Akkordlöhnen, sondern nach den eigentlichen Wochenverdiensten fragen müssen. Denn der eigentliche Wochenverdienst dieser Arbeiter wird wie früher, so auch heute noch vielfach durch die unregelmäßige Beschäftigung, durch langes Warten auf Arbeit heruntergedrückt.

In der fabrikmäßigen Schuhmacherei (Schuhindustrie) werden die Lohnverhältnisse der Heimarbeiter, solange

nur einen Reichstaxi besitzen, bei jeder Lohnverhandlung diesem angepaßt. Auch in der Schuhindustrie fällt die Heimarbeit noch ins Gewicht. In den Jahren 1913, 1921 und 1922 hat der schon genannte Verband 12 096, 8 226 und 7 616 Heimarbeiter in der Schuhindustrie gezählt, denen 78 898 bzw. 93 803 bzw. 103 074 in den fabrikmäßig selbst beschäftigten Arbeiter gegenüberstanden. Demnach ist die Heimarbeit in der Schuhindustrie wohl in der Abnahme begriffen, jedoch immerhin noch verhältnismäßig stark vertreten. Sie ist hier insbesondere wohl in der Schuhoberlederherstellung, im Ausputz und in der Herstellung von Haus- und Tischschuhen anzutreffen.

Die Zahl der Heimarbeiter in der Schuhmacherei betrug 1882 11 730, 1895 16 713 und 1907 13 202. Nach einer Erhebung des Schuhmacherverbandes im Jahre 1913, hatte sich die Zahl der Heimarbeiter wieder auf 15 146 erhöht, ist jedoch nach den neueren Zählungen der Organisation im Jahre 1919 auf 8466

## Deutsche Heimarbeit-Ausstellung 1925

Berlin 28. April bis 15. Mai

Landesausstellungshallen am Lehrter Bahnhof

zurückgegangen und betrug im Jahre 1922 wieder 9527. Mit der fortschreitenden Industrialisierung der Schuhmacherei hat sich die Zahl der männlichen Heimarbeiter vermindert, die der Heimarbeitertinnen dagegen erhöht.

Die am 28. April beginnende Heimarbeitsausstellung wird zweifellos ein etwas weniger trübes Bild bieten als die früheren Ausstellungen. Wenn in der Lohnfrage manches besser geworden ist, so weiß sich die Heimarbeitertinnen selbst gerührt haben. Das wird auch in Zukunft so bleiben — schreibt „Der Schuhmacher“ mit Recht. Dennoch bedürfen die Heimarbeiter auch eines gesetzlichen Schutzes, was durch das Heimarbeitertarifgesetz auch anerkannt ist. Bisher fehlte es jedoch noch an der Ausführung dieses Gesetzes, die durch die Ausstellung wesentlich gefördert werden dürfte.

### Warum so stumm?

Aus dem Wernerkwerk der Firma Siemens in Spandau wird uns geschrieben: Die „Rote Fahne“ veröffentlicht jetzt Listen von Betrieben, in welchen bei der Betriebsratswahl die Kommunisten die Mehrheit erreicht haben. Viele dieser Betriebe befinden sich außerhalb Berlins, so daß wir die Berichte nicht nachprüfen können. Auch handelt es sich in den meisten Fällen um Betriebe mit einer Belegschaft zwischen 20 und 100 Beschäftigten. Warum veröffentlicht die „Rote Fahne“ nicht solche Betriebe aus Betrieben, die in unserer Nähe liegen, zum Beispiel aus dem Wernerkwerk der Firma Siemens? Hier ist er: Liste 1 Kommunisten: 5 078 Stimmen und 12 Vertreter. Liste 2 freie Gewerkschaften: 6 955 Stimmen und 16 Vertreter. Liste 3 Gelbe: 912 Stimmen und 2 Vertreter. Im vorigen Jahre hatten die Kommunisten 19 Vertreter und die freien Gewerkschaften nur 9.

### „Unternehmerjustiz“

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 108 vom 3. März einen Bericht über eine Gewerbegerichtsverhandlung, die die Entlassung eines Aufsichters der Löwenbrauerei, Böhmisches Brauhaus betrifft. Unser Bericht stützte sich, soweit er die Entlassungsgründe anging, im wesentlichen auf die vor Gericht nicht widerlegten Angaben des Klägers, die aber nicht Gegenstand der Beweisaufnahme waren, da sich herausgestellt hatte, daß die Klage wegen Ueberschreitung der Einspruchsfrist aussichtslos war und deshalb zurückgezogen wurde.

Wie wir jetzt erfahren, kann der Brauereidirektion wegen der Entlassung des betreffenden Aufsichters kein Vorwurf gemacht werden, denn er selbst hat unter Vernachlässigung seiner gemeinschaftlichen Pflichten den Weg verfehlt, auf dem er eine Zurücknahme der Kündigung höchstwahrscheinlich erreicht haben würde, was ja seinem Kollegen, der aus dem gleichen Anlaß wie er gefündigt war, gelungen ist.

### Erfolge bei den Betriebsrätewahlen.

Köln, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Betriebsrätewahlen im Kölner Industriegebiet haben bisher den freien Gewerkschaften starke Gewinne, den Kommunisten und Unionisten dagegen eine zerschmetternde Niederlage gebracht. Nach den bis zur Stunde bekannt gewordenen Einzelergebnissen haben die freien Gewerkschaften in allen Großbetrieben nicht nur die zeitweise verlorenen Positionen wieder zurückerobert, sondern darüber hinaus starke Fortschritte gemacht. Besonders erfreulich ist, daß auch in den Betrieben, in denen bei der vorletzten Wahl die kommunistische Opposition dank ihrer verlogenen Hege gegen die freien Gewerkschaften den größten Teil der Betriebsratsmitglieder stellen konnte, diesmal die Liste der Amsterdamer Richtung überrollende Erfolge erzielte.

Aus der Metallindustrie liegen bisher von 26 Betrieben die Resultate vor. Danach haben die freien Gewerkschaften der Amsterdamer Richtung von 140 Arbeitervertretern 122 Mandate erringen können. Die Christen erhielten 15 Mandate, während die Kommunisten und Unionisten, die in diesen Betrieben bisher teilweise die Mehrheit hatten, sich mit ganzen drei Mandaten begnügen müssen. Mehrfach günstige Erfolge hat auch die KPD bei der Wahl der Angestelltenräte errungen. Von insgesamt 16 Mandaten sind ihr nicht weniger als 14 Mandate zugefallen.

Auch im Goldbergwerk im Rheinischen Braunkohlenrevier, das mehrere tausend Arbeiter beschäftigt und bisher immer als die stärkste kommunistische Hochburg im Kölner Industriegebiet galt, erlitten die Kommunisten ebenfalls bei den gestrigen Wahlen eine katastrophale Niederlage. Die freien Gewerkschaften errangen von 11 Sitzen 9, die Christen erhielten 2, die Kommunisten und Unionisten gingen leer aus.

**Wohnung, Wohnbedarf!** Die für Montag, den 20. April, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus angeordnete Generalversammlung beginnt pünktlich um 6 Uhr, da der Referent Rudolf Grotzmann anderweitige Verpflichtungen wegen sein Referat früher beenden muß.

# Wirtschaft

## Was reaktionäre Demagogie auf's Spiel setzt.

Wenn die rechtsgerichteten Unternehmerverbände auf den deutschen Außenhandel zu sprechen kommen, ertönen Klagen, die Steine erwecken können. Klagen über die Sozial- und Steuerpolitik des Staates und gehässige Anklagen gegen die Arbeiter, die durchaus nicht ohne Entlohnung arbeiten wollen. Wenn es aber darum geht, dem deutschen Export durch vernünftige Staatsverträge über die Handelsbeziehungen die Tore zum Weltmarkt zu öffnen, verfolgen diese Leute und die von ihnen bezahlten Parteileute in der blamabelsten Weise. Das hat sich besonders bei der Behandlung des deutsch-spanischen Handelsvertrages gezeigt, der im Reichstagsauschuss durch die reaktionären Parteien zur Ablehnung gebracht wurde, obwohl die gesamte Industrie den Vertrag als notwendig, seine Ablehnung als eine schwere Gefahr für die deutsche Warenausfuhr bezogmet hat. Was alles mit dieser reaktionären Demagogie, die lediglich auf Stimmungsmache bei den deutschen Wirtzerverbänden hinausläuft, auf's Spiel gesetzt wird, mag an Hand der Angaben eines einzelnen exportwichtigen, aber nicht einmal sehr großen Gewerbezweiges dargelegt werden.

Der Eisen- und Stahlwaren-Industrieverband in Elberfeld weist in einer Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften wegen der Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsabkommens im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages u. a. nach, welche Vorteile der Eisen- und Stahlwarenindustrie durch das seit dem 1. Juli v. J. in Kraft befindliche Abkommen erzmöchten sind. Die Ausfuhr von einigen Eisen- und Stahlwaren nach Spanien hat sich im zweiten Halbjahr 1924 gegen das erste Halbjahr wie folgt entwickelt:

Nummer und Art des statistischen Warenverzeichnis	Doppelzähler	
	1. Halbjahr 1924	2. Halbjahr 1924
729f Milchkannen usw.	2423	5328
804 Abtrennvorrichtung für Säbne, Ventile, Schieber usw.	510	1886
107 Kloben, Rollen zu Fließenzügen, Winden.	185	304
812a Bohrer, Ähren, Bohrmaschinen	199	411
812b Rangen	200	309
813c Reib-, Rollen-, Federn- usw. Säeren	53	116
814a Reibwerkzeuge	53	63
815a Tegle, Peile, Haden usw.	873	688
816a Hauswirtschaftliche Geräte	293	457
825d Drahtbisen, Bürsten, Körbe usw.	429	1154
825e Schrauben, Keilen	538	3270
828a Ventile, Ringe usw.	114	262
833 Schlüssel und Schlüssel	804	1058
834 Geldsäcke, Geldfästen	86	160
836a Feine Messer, Säeren	231	462
838e Kugellager	134	181

Unter dem Schutze des Abkommens, heißt es in der Eingabe weiter, sind also Ausfuhrleistungen zu verzeichnen, die für gewisse Waren bis zum Sechsfachen der Ausführungsmengen des ersten Halbjahres 1924 ausmachen. Vergleicht man hiermit die Einfuhr spanischer Weine nach Deutschland für die gleiche Zeitspanne, so ergibt sich, daß beispielsweise die Position „andere Weine“ nur um etwas mehr als 100 Proz. im zweiten Halbjahr 1924 gegen das erste Halbjahr 1924 gewachsen ist. Berücksichtigt man ferner, daß die deutsche Ausfuhr an Wein im zweiten Halbjahr 1924 außerdem noch um 1600 Hektoliter zugenommen hat, so kann u. E. nicht von einer unglücklichen Beeinflussung des deutschen Weinbaues durch das deutsch-spanische Handelsabkommen die Rede sein.

Im übrigen kommt der Frage des Handelsabkommens mit Spanien grundsätzliche Bedeutung zu, da bei einer Ablehnung ein Zollkrieg mit Spanien unvermeidlich ist. Welche Schäden der deutschen Wirtschaft gerade im gegenwärtigen Augenblick hieraus entstehen, braucht hier nicht ausgeführt zu werden. Selbst aber, wenn ein vertragloser Zustand mit Spanien eintreten würde, so würde auch dieser wiederum dazu führen, die Ausfuhr nach Spanien vollständig zu unterbinden. Wir müssen deshalb fordern, daß bei der Abstimmung im Plenum des Reichstages unbedingt in anderem Maße den Wirtschaftsinteressen unserer Ausfuhrindustrien Rechnung getragen wird, als dieses nach der Abstimmung im handelspolitischen Ausschuss der Fall ist.

Soweit die Feststellungen des Interessentenverbandes, an deren Richtigkeit kaum zu zweifeln ist. Den Deutschnationalen ist das Schicksal der hochwertigen deutschen Exportindustrien gleichgültig. So sie erhoffen sogar, wie sie ganz offen aussprechen, von einem etwaigen Siege der Reaktion in Deutschland die Durchführung einer Handelspolitik, die schutzjüdisch orientiert, jede Konzession an das Ausland auf dem Gebiet der Agrarpolitik ablehnt. Wegen der Weinzölle will man ruhig die Handelsverträge mit Spanien, Italien und Frankreich scheitern, den deutschen Export nach diesen Ländern verbarrieren lassen, und all das ohne Rücksicht auf den deutschen Arbeitsmarkt und die Lage der deutschen Industrie. So sehen die „Schüler der nationalen Arbeit“ aus. Es ist Zeit, daß auch die industriellen Unternehmer, die die Gefahren dieser famosen Art Handels- und Produktionspolitik erkennen, daraus ihre Konsequenzen ziehen, wie es Geheimrat Dulsberg, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, bereits angekündigt hat.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gelerhaus; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Ebert; Sozialisten: Dr. John Schützmann; Sozialen und Sozialisten: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 2.

### Küchen

In feinsten Ausführung

**Entscheidende Bauern-Küchen**  
komplett **85 M.**

**Moderne Anrichte-Küchen**  
komplett **125 M.**

**135.- 145.- 170.-**

**Große Umbau-Küchen**, 190 cm breit, komplett **175 M.**

**Elek. Anrichte-Küchen**, schwere Ausführung, komplett **198 M.**

Küchen in größter Auswahl, einfachste bis feinste, zu sehr billigen Preisen. Sehenswerte Ausstellung.

**Küchenmöbelfabrik BEROLINA**  
Hermannstr. 57.

### Korbmöbel

Eigene Herstellung in gediegenen Ausführungen. Sie sei gr. Auswahl vorrätig u. billig im Spezial-Korbmöbelhaus

**Edmund Voß**  
Köpenick, Berliner Str. 14  
Näheliefernplanplatz

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angesichts. dem Verb. sozialer Betriebe  
Berlin N 24, Eisasser Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1193  
Fillial: Westend, Wilmersdorf  
Landwehrstr. 4 (Tel. Platzburg 933)

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel

Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

### Küchen

Küche Leitchen mit Rahmen **35 55 M.**  
Emeralda mit Anrichte **65 93 M.**  
Hermine mit Anrichte **66 100 M.**  
Magdalena mit Anrichte **73 128 M.**  
Alma m. Seitenanrücken Anr. **125 178 M.**

Fliesenwahl roher, lackierter, isolierter  
Küchen u. einzele. Schränke jetzt enorm billig

**Weiße Kleiderschränke**  
90 120 150 cm  
Kleider, roh **35 48 90 M.**  
weiß **30 63 120 M.**

Ausstellung Westfäl. lackierter  
Küchen von 175-700 M.

**Frei Haus Berlin**  
**Küchenmöbelfabrik Himmels**  
Lehrter Straße 22 (Schönhauser Tor)  
Norden 11 52

**Besonders** wirksam sind die **KLEINEN ANZEIGEN** in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und **billig!**

### Auf Teilzahlung

Bett- und Leibwäsche, Inlette, Gardinen, Teppiche, Stopp-, Bett- und Diwanddecken, Strickwesten usw.

**kleine Anzahlung** und bequeme Teilzahlung

**von 1 M. die Woche an**  
Ware wird sofort ausgehändigt

Waren-Credithaus  
**M. Nagoschiner**  
Neukölln, Schönstedtstraße 9  
an der Kalwer-Friedrich Straße

**Zeitungsboten**  
werden 1.6.21 eingestellt

**Potermann, Friedenau**  
Rheinstraße 28.

**Fritz, Berlin**, Prinzenstraße 31.  
Bei recht. portfrei.

**Gillmann, Berlin**, Carmen-Sylva-Straße 57.

### Zigeunerblut im Aktenschrank

**Roman von HOMO**

ist jetzt in Buchform erschienen und kann durch die Vertriebshandlungen bezogen werden.

**J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.**  
Berlin SW 68, Lindensr. 2, Abt. Sortiment